



Antrag

der Fraktion der SPD

Einführung eines Spritpreisdeckels

Der Landtag wolle beschließen:

Die aktuelle Preisentwicklung bei fossilen Brennstoffen bestätigt einmal mehr die Notwendigkeit eines schnellen und konsequenten Umstiegs auf erneuerbare Energien und Antriebe sowie den Ausbau des ÖPNV.

Gleichzeitig stellt die Preisentwicklung akut Menschen vor die Herausforderung, ihre tägliche Mobilität zu finanzieren. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger im Bundesrat und auf Bundesebene für einen Preisdeckel bei Kraftstoffen einzusetzen.

Hierfür sind die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um nach dem Vorbild Luxemburgs oder Belgiens Obergrenzen für Kraftstoffpreise einzuführen. Ein solcher flexibler Preisdeckel soll Verbraucherinnen und Verbraucher vor übermäßig hohen Kraftstoffpreisen schützen und zugleich außergewöhnliche Gewinnmargen der Mineralölunternehmen infolge spekulativer Preisspitzen begrenzen.

Begründung:

Der Krieg in Nahost ist eine humanitäre Katastrophe. Die Lage bleibt weiterhin instabil und steigende Energiepreise belasten viele Haushalte und Unternehmen auch in Schleswig-Holstein.

Viele Menschen sind auf das Auto angewiesen. Wer weite Wege zurücklegen muss, kann auch in Schleswig-Holstein oft nicht einfach auf Bus oder Bahn umsteigen. Steigende Spritpreise treffen Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen überproportional, weil sie einen größeren Anteil ihres Budgets für Mobilität aufwenden müssen.

Ein Teil der Kostensteigerungen entsteht durch den Mangel an Rohöl. Dieser lässt sich nur durch mehr Elektromobilität und den konsequenten Ausbau Erneuerbarer Energien reduzieren.

Die zusätzliche Gewinnmarge der Mineralölgesellschaften kann durch die Einführung eines Spritpreisdeckels aber begrenzt und gleichzeitig transparenter werden.

Die Einführung von staatlichen Preisobergrenzen wie in Luxemburg oder Belgien kann ein wirksames Instrument sein. Sowohl Luxemburg als auch Belgien praktizieren seit Jahren erfolgreich diese Festlegung von Maximalpreisen. Dies führt dort zu verbraucherfreundlichen Preisen bei gleichzeitiger Versorgungssicherheit.

Ein solcher flexibler, staatlicher Preisdeckel verhindert „Abzocke“ durch die Öl-Konzerne und sorgt dafür, dass Preisschwankungen am Weltmarkt nicht eins zu eins auf die Verbraucher abgewälzt werden. Ähnliche Instrumente gibt es in Kroatien oder Bulgarien. Er ist deshalb die ideale Ergänzung zu einer Übergewinnsteuer.

Serpil Midyatli

Kianusch Stender

Niclas Dürbrook

und Fraktion